

Protokollauszug

aus der
20. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.06.2021

öffentlich

**Top 6.34 Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pande-
mie
21/SVV/0498
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag mit folgenden Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah ~~eine~~ **die** Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie ~~erarbeiten zu lassen~~ **weiter zu entwickeln**.*

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

*Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-PSAG kooperieren, **weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden**. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.*

*Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im ~~Juni~~ **September** 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im ~~September~~ **November** 2021 erfolgen.*

Der **Jugendhilfeausschuss** empfiehlt, dem Antrag mit den vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen **zuzustimmen**.

Abstimmung:

Die vom Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion empfohlenen Änderungen/Ergänzungen werden

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Anschließend wird der so geänderte Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie weiter zu entwickeln.

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im September 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im November 2021 erfolgen.



BESCHLUSS
der 20. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 02.06.2021

Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie
Vorlage: 21/SVV/0498

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah die Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie weiter zu entwickeln.

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-PSAG kooperieren, weiterhin sollten weitere wichtige Akteur*innen wie der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser in die Erarbeitung dieser Hilfsstrategie einbezogen werden. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im September 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im November 2021 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 07. Juni 2021

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel